



### Presseschau vom 22.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

*av-zakharchenko.su*: Ein Treffen ohne Förmlichkeit, ein offenes Gespräch, äußerst unbequeme und brennende Fragen – dies ist schon ein normales Format für den Dialog des Staatsoberhauptes Alexandr Sachartschenko mit der jungen Generation. Auch das Treffen am 21. März in der Donzeker Nationalakademie für Bauwesen und Architektur war da keine Ausnahme.

Bei dem Treffen interessierten sich die Studenten nicht nur für die Ansichten des Staatsoberhauptes über die Zukunft der DVR, sowohl bezüglich der inneren Entwicklung als auch nach außen, sondern auch über die geopolitische Situation, aber sie schlugen auch ihre Ideen für die Strategie der Entwicklung der Republik „Kraft des Donbass“ vor.

So baten die zukünftigen Spezialisten, so aufmerksam wir möglich die Frage des ersten Arbeitsplatzes, staatlicher Anforderungen nach Spezialisten und die Verteilung der Absolventen auf staatliche Betriebe zu behandeln. Alexandr Sachartschenko rief die Studenten auf, sich selbst an der Durchsetzung von Veränderungen zu beteiligen.

„‘Kraft des Donbass‘ ist die tägliche Arbeit eines jeden von uns. Unsere Kraft liegt in der Einheit, in dem Bestreben vorwärts zu gehen, in unserem Land, aber die wichtigste Kraft des Donbass sind die Menschen! In jedem von Ihnen ist die Kraft des Donbass. Ich habe bereits mehrfach gesagt, dass wir gerade für Sie, für die Jugend den Staat aufbauen. Deshalb müssen Sie Bauleute Ihrer Zukunft werden. Das ist kein Privileg, sondern eine Verpflichtung“, sagte das Republikoberhaupt.

Alexandr Sachartschenko unterstützte praktisch alle Vorschläge der Jugend, die die Arbeitsplatzvermittlung, die Arbeit studentischer Baubrigaden, die Entwicklung des

Fernstudiums und die Versorgung mit Lehrbüchern, Praktika in Unternehmen und den Erhalt von Diplomen anderer Länder betreffen. Bezüglich der Notwendigkeit studentische Praktika zu systematisieren führte das Republikoberhaupt ein Beispiel an.

„Gerade erst gestern habe ich eine Kunstschule besucht. Es stelle sich heraus, dass für die jungen Künstler eines der grundlegenden Probleme Möglichkeiten für Praktika sind. Wobei die Gesamtzahl der Kunstmalers in der Republik nicht so hoch ist – etwa 30. Deshalb habe ich angewiesen, dass jedes staatliche Unternehmen des Landes eine Verpflichtung übernimmt. Aber unsere Jugend hat recht, wenn sie für eine gesetzliche Regelung all dieser Etappen der Ausbildung junger Spezialisten eintritt. Ich bitte die Abgeordneten des Volkssowjets, alle Vorschläge zu behandeln und in Gesetzentwürfe zu bringen“, antwortete das Republikoberhaupt.

Außerdem erklärte Alexandr Sachartschenko bei der Erörterung der Reform des Bildungssystems, dass das Beste aus dem sowjetischen System dort einfließen wird.

„Das Bildungsniveau in der UdSSR wird zur Recht als das höchste angesehen. Heute wird die finnische Ausbildung als am effektivsten angesehen, es ist bekannt, dass sie zu 70% die Grundlagen der sowjetischen Bildung verwendet. Es ist notwendig, dieses vergessene Alte zurückzuholen, auch den Ruhm des am meisten lesenden Volks“, sagte das Republikoberhaupt.

Die Studenten brachten auch das Thema der Erhöhung der Stipendien auf.

„Natürlich weiß ich, dass das jetzige Niveau der Stipendien völlig unzureichend ist. Diese Frage wird behandelt. Wir suchen nach Möglichkeiten, aus denen der Staat eine Erhöhung finanzieren kann. Dies betrifft auch die Mindestlöhne und die Renten. Ich werde keinen genauen Zeitpunkt nennen, aber alles Mögliche wird getan, um die Zahlungen für die Studenten zu erhöhen“, versprach Alexandr Sachartschenko.

Auf die Frage nach den zukünftigen Beziehungen zur Ukraine unterstrich das Republikoberhaupt, dass es nötig ist, das ukrainische Volk von der ungesetzlichen Regierung in Kiew zu trennen.

„Ich habe immer gesagt, dass wir nicht gegen das ukrainische Volk kämpfen, sondern gegen den Teil der Bevölkerung der Ukraine, die vom Virus des Nazismus befallen ist. Man kann nicht wie zuvor leben, wenn das Land sich erlaubt hat, einen großen Teil seines Territoriums mit Blut zu tränken. Zehntausende von Getöteten, hunderte von getöteten Kindern, zerstörte Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser. Wenn ein Staat zur Unterdrückung von Andersdenkenden eine ganze Armee einsetzt, dann ist das schon kein Staat mehr, und die Armee gehört ihm schon nicht mehr. Die Ukraine hat die Kontrolle über die Streitkräfte, über das Territorium verloren und – am wichtigsten – sie hat den Glauben der Bevölkerung an ihr Land verloren. Was weiter sein wird, wird in erster Linie von den Ukrainern selbst abhängen. Ich bin überzeugt, dass es in der nächsten Zeit in der Ukraine große Veränderungen geben wird. Und abhängig von den Veränderungen müssen wir unsere Politik des Umgangs mit der Ukraine aufbauen. Aber – es ist nötig unter Bedingungen einer guten Nachbarschaft und gegenseitigen Nutzens zu leben und dabei auf keinerlei Interessen unseres Landes der Politik zuliebe zu verzichten. Wir müssen der Ukraine zeigen, dass wir einen Staat aufbauen, in dem man leben möchte. Und wir werden besser leben als in der Ukraine. Wir verkaufen unser Land nicht, wir holzen unsere Wälder nicht ab, wir schließen keine Fabriken. Tatsächlich gibt es tausende von Entwicklungsmodellen. Wir werden sehen, was geschieht, aber wir werden unseren Staat aufbauen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Zum Ende des Treffens erzählte das Republikoberhaupt den jungen Leuten, wie er die Jugend sehen will.

„Morgen wird auf meinem Platz jemand von Ihnen sein. Deshalb seien Sie kühn, sogar streitbar, streben Sie danach besser zu leben und haben Sie keine Angst, die Zukunft zu verändern. Alles ist in Ihren Händen“, sagte er.

Die Jugend wünschte Alexandr Sachartschenko, mehr Zeit für seine Familien zu finden und

zur Aufmunterung schenkten die Architekturstudenten dem Republikoberhaupt ein Modell eines Ferienhauses.

Alexandr Sachartschenko versprach, dass solche informellen Treffen und Gespräche mit der Jugend auch weiterhin stattfinden werden.

Dnr-online.ru: Am Abend des 21. März haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Richtung Lebedinskoje auf **Leninskoje und Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm (4 Geschosse), 82mm (6 Geschosse), sowie mit Granatwerfern – 4 Granaten – eröffnet. Dies teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

### **Vormittags:**

de.sputniknews.com: USA planen Hunderte Millionen Dollar für Eindämmung Russlands ein. Der US-Kongress stellt 250 Millionen Dollar für die „Eindämmung des russischen Einflusses“ bereit, heißt es im Entwurf des US-Haushalts für das Finanzjahr 2018, der zur Verabschiedung bis Freitag vorliegt.

„Nicht weniger als 250 Millionen Dollar müssen für die Arbeit des Fonds für die Eindämmung des russischen Einflusses (...), des Programms zur Stärkung der Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitskräfte in Europa und Eurasien sowie für die Förderung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen diesen Ländern und den USA und der Nato bereitgestellt werden“, hieß es.

Außerdem sollen diese Mittel für „Programme zur Stärkung der Demokratie in Russland“ ausgegeben werden.

Der Kongress verlängerte das Verbot von Finanzhilfen für Russland, der Zusammenarbeit des Pentagons mit dem russischen Rüstungskonzern Rosoboronexport und für andere Aspekte der Kooperation mit Russland.

Die beiden Kammern des Kongresses müssen den neuen Haushalt bis Freitag verabschieden, sonst bleibt die Bundesregierung ohne Finanzierung. US-Präsident Donald Trump muss den Etat unterzeichnen.

Die Finanzierung der Regierung war bis zum 23. März unter großen Schwierigkeiten im Kongress und zuvor jeweils in Nachtsitzungen von Senat und Abgeordnetenhaus abgestimmt worden. Den Demokraten ging es dabei besonders um das Schicksal Tausender sogenannter Dreamer (dt. Träumer), illegal als Kinder in die USA gekommene junge Erwachsene, denen die Abschiebung droht. Die USA erlebten zwei Shutdowns innerhalb weniger Wochen, während denen die US-Behörden stillstehen mussten.

Die US-Staatsverschuldung hat bereits einen historischen Rekordstand von mehr als 21 Billionen Dollar erreicht.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueereinstellung wird eingehalten.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **drei Ortschaften** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Puschkow: Das ist Kiews strategische Linie.

Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik beim Föderationsrat (russisches Oberhaus), Alexej Puschkow, hat am Mittwoch auf Twitter den Beschluss der ukrainischen Regierung über einen Abbruch der ökonomischen Kooperation mit Russland kommentiert.

Antirussische Politik sei zu einer strategischen Linie der ukrainischen Behörden geworden,

sagte Puschkow.

„Der Abbruch aller Beziehungen mit Russland und die Umgestaltung der Ukraine auf einer antirussischen Basis ist keine temporäre, sondern eine strategische Linie der heutigen Kiewer Regierung“, so Puschkow. Diese Linie unterminiere handelswirtschaftliche Verbindungen zu Russland und zerstöre die ukrainische Wirtschaft. Das sei ein Triumph der Politik über die Wirtschaft, schrieb der Politiker auf seinem Twitter-Account.

Am Vortag hatte die ukrainische Regierung das Programm einer ökonomischen Kooperation mit Russland im Zeitraum von 2011 bis 2020 per Beschluss gekippt. Das Dokument sah unter anderem den Ausbau des freien Handels und eines integrierten Zahlungssystems, den gegenseitigen Schutz von Investitionen und die Gewährleistung der Freizügigkeit von Bürgern vor.

**Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte drei.**

**Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).**

**In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Shabitschewo, Leninskoje, Sachanka.****

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 57. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 35.**

**Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.**

de.sputniknews.com: Millionenschwere Militärhilfe: USA finanzieren Lieferung letaler Waffen an Ukraine.

Der US-Kongress plant Militärhilfe für die Ukraine in Höhe von 200 Millionen Dollar ein, unter anderem für die Lieferung todbringender Waffen. Das folgt aus dem Entwurf des US-Haushalts für das Finanzjahr 2018, der dem Kongress zur Beschlussfassung am Freitag vorliegt.

Die Mittel wird das Pentagon in Koordination mit dem US-Außenministerium bekommen. Das Geld soll für „letale Defensivwaffen“, Schulungen von Militärs, Logistik, Unterstützung im Bereich der Aufklärung und für die Auswechslung von Waffen, die die USA zuvor lieferten, ausgegeben werden.

Dabei werden Beschränkungen auferlegt: An die Ukraine dürfen beispielsweise keine tragbaren Flugabwehrraketen übergeben werden.

Die beiden Kammern des Kongresses müssen den neuen Haushalt bis Freitag verabschieden, sonst bleibt die Bundesregierung ohne Finanzierung. US-Präsident Donald Trump muss den Etat unterzeichnen.

Das Weiße Haus hatte Ende 2017 die Genehmigung für Waffenlieferungen an die Ukraine erteilt. Insbesondere geht es um Panzerabwehr-Raketenkomplexe Javelin und um Scharfschützengewehre. Zuvor hatte Kiew bereits mehrmals angekündigt, dass bald amerikanische Waffen geliefert würden.

Früher hatte das US-Außenministerium den Verkauf von 37 Raketenkomplexen Javelin und von 210 Raketen für sie an die Ukraine für insgesamt 47 Millionen Dollar befürwortet, wie aus dem Pentagon verlautete.

Russland tritt gegen derartige Handlungen ein, wobei es betont, dass sie nur eine Zuspitzung des Konflikts im Donbass provozieren würden. Auch zahlreiche europäische Politiker halten

es für keine gute Idee, der Ukraine Waffen zu liefern.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30860/72/308607244.jpg>

Dan-news.info: „Heute gegen 9:00 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf **Sachanka** eröffnet. In Folge des Beschusses wurden Wohnhäuser in der Lenin- und der Friedensstraße beschädigt“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit. Von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte wurden acht Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Ukrinform.ua: Krimtatarischer Blogger auf der Krim festgenommen.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat das Haus des Bloggers Nariman Memedinow auf der Krim durchsucht.

Nach der Durchsuchung wurde der Aktivist in die Hauptverwaltung von FSB in Simferopol gebracht, meldet die Menschenrechtsgruppe „Solidarität der Krim“. Nach Worten der Ehefrau von Memedinow verhielten sich die FSB-Mitarbeiter bei der Durchsuchung grob und beleidigend. Am 11. Februar war das Haus vom Memedinow bereits schon einmal durchsucht worden.

### **Nachmittags:**

Dan-news.info: „Die ukrainischen Streitkräfte haben um 13:10 Uhr das Feuer auf **Sajzewo** eröffnet, es wurden neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Der Mörserbeschuss erfolgte aus Richtung des von den Kiewer Truppen besetzten Showanka.

de.sputniknews.com: Belgrad bereit, Putin und Trump zu empfangen – Serbisches Außenministerium

Der serbische Außenminister, Ivica Dačić, hat in einem Interview mit Sputnik die Bereitschaft Belgrads für eine Veranstaltung eines russisch-amerikanischen Treffens erklärt.

Serbien schlägt vor, ein Treffen von Wladimir Putin und Donald Trump in Belgrad durchzuführen. Die serbische Hauptstadt sei gänzlich bereit für die Veranstaltung eines Treffens, das eine große Bedeutung für die ganze Welt habe, so Dačić.

„Als ein militärisch-neutraler Staat verfügt Serbien über das außenpolitische Potenzial, um die Präsidenten von Russland und den USA zu empfangen. Das wäre auch die beste Anerkennung der Politik, die unser Land betreibt“, sagte der serbische Außenminister.

Zuvor war Belgrad schon ein Treffpunkt für Verhandlungen zwischen Moskau und Washington gewesen: Im Oktober und im November 2017 hatten dort der politische Berater

des russischen Präsidenten, Wladislaw Surkow, und der Sondergesandte des US-Außenministeriums, Kurt Volker, über die Lage in der Ukraine verhandelt.

Dnr-online.ru: Um 13:20 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** eröffnet und vier Schüsse mit einem Schützenpanzer abgegeben, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

de.sputniknews.com: „Abscheulich und beleidigend“: Kreml zu Johnsons Hitler-Vergleich  
Kremlsprecher Dmitri Peskow hat eine fragwürdige Äußerung des britischen Außenministers Boris Johnson über die Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland kommentiert. Johnson hatte zuvor die WM 2018 mit den Olympischen Spielen 1936 in Deutschland verglichen. „Eine völlig abscheuliche Erklärung, diese ziemt sich nicht für den Außenminister eines Landes, eines beliebigen Landes“, sagte Peskow am Donnerstag gegenüber Journalisten. „Natürlich ist diese Erklärung beleidigend und unzulässig“, fügte der Kremlsprecher hinzu. Am Mittwoch hatte der britische Abgeordnete Ian Austin in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des britischen Parlaments geäußert, Putin werde die WM 2018 in Russland nutzen, „wie Hitler die Olympischen Spiele 1936 nutzte“. „Wie ein PR-Manier“, fügte Austin hinzu.

Johnson stimmte dem Abgeordneten zu. „Ihre Darstellung dessen, was in Moskau bei der WM passieren wird, an all den Austragungsorten – ja, ich denke, der Vergleich mit dem Jahr 1936 ist definitiv richtig“, sagte Johnson.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31750/82/317508221.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Trotz des geltenden Waffenstillstands verletzen die ukrainischen Kämpfer weiter den Waffenstillstand und bringen das Leben und die Gesundheit der Bürger unserer Republik in Gefahr.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt, dabei wurden **in Richtung Donezk** auf das Gebiet von **Shabitschewo** mit Mörsern des Kalibers 82mm 12 Mörsergeschosse abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner die Gebiete von **Leninskoje** und **Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm beschossen und dabei 32 Mörsergeschosse abgefeuert und die Ortschaften mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Heute Morgen um 9:00 Uhr haben die Kriegsverbrecher der Ukraine Sachanka mit 120mm-Mörsern beschossen. Insgesamt wurden acht Mörsergeschosse abgefeuert. Zwei Häuser in der

Friedens- und der Lenin-Straße wurden beschädigt. Informationen über Verletzte liegen noch nicht vor.

Unsere Aufklärung stellt weiter **Reisen von Journalistengruppen** der Massenmedien „Ukraina“, TSN“, „Spezkor“, „Radio Swoboda“ entlang der Kontaktlinie fest. Diese sind an die Front gekommen, **um Fake-Materialien zu produzieren**, die das Ziel haben, unsere Streitkräfte der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.

So waren während des Beschusses von Leninskoje und Sachanka Journalisten des Radio- und Fernsehsenders „Ukraina“ auf den Positionen anwesend und haben eine inszenierte Reportage aufgenommen.

Unsere Verteidiger halten den Waffenstillstand ein und gehen nicht auf Provokationen ein. Dabei waren nach dem Bericht von den Beobachtungspunkten auf den ukrainischen Positionen Detonationen zu hören und sehen. Wir nehmen an, dass dies technische Einheiten des Feindes waren, die Spezialeffekte für ein schönes Bild für die Reportagen der ukrainischen Journalisten erzeugt haben.

Wir lenken die Aufmerksamkeit darauf, dass der Stab der sogenannten „ATO“ das Fehlen von Beschuss von unserer Seite bestätigt hat.

Wir schließen auch nicht aus, dass diese Materialien den ukrainischen Lügner in der Zukunft dazu dienen können, die Volksrepubliken über die Massenmedien der Ukraine der Beschießungen zu beschuldigen.

**Unsere Aufklärung hat den Ort festgestellt, wo die Ausbildung der Scharfschützen, die Einwohner der DVR erschießen, stattfindet.**

Die Ausbildung findet auf der **Basis des 169. Ausbildungszentrums** der ukrainischen Streitkräfte (in Desna, Oblast Tschernigowsk) **unter Leitung ausländischer Instrukteure** statt und dauert 90 Tage. Die Schule hat die Möglichkeit gleichzeitig 135 Personen auszubilden. Der Unterricht findet mit Scharfschützengewehren SWD, UR-10 (Kaliber 7,62mm), SIG (Kaliber 5,56 mm) und Barret (Kaliber 12,7mm) statt.

Derzeit durchlaufen 74 Personen die Ausbildung in der Schule.

Ein Teil der Absolventen wurde von uns bereits auf Frontpositionen der 30. und 54. mechanisierten Brigade bemerkt. Außerdem findet die Abschlussprüfung vor ausländischen Instrukteuren auch an den Frontpositionen statt.

Wir sehen, sind Soldaten und Einwohner unserer Republik für diese Banditenformationen nicht mehr als Zielscheiben in einem Schießstand. Und für ein Menschenleben erhalten sie die Noten „bestanden“ oder „nicht bestanden“. So lernen die Ukrainer dank des westlichen Zynismus, kaltblütig ihre Brüder zu erschießen. Der Westen kann nur Übles auf das ukrainische Land bringen. Dieses Zentrum ist eines der deutlichen Beispiele.

Durch Anstrengungen unserer Aufklärung wurden die aggressiven Pläne der ukrainischen Führung zur Einnahme des Territoriums unserer Republiken rechtzeitig aufgedeckt. Nach deren Veröffentlichung geriet das Kommando der ukrainischen Streitkräfte in eine Sackgasse, wodurch sich die militärische Aktivität der ukrainischen Besatzer und Zahl der Beschießungen von ihrer Seite auf unser Territorium vermindert haben.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, auch in Zukunft das Regime der Feuereinstellung einzuhalten. Besonders in der Zeit der Karwoche und in der Osterzeit. Auf dass Frieden in das Land des Donbass komme!

de.sputniknews.com: Sie haben nichts zu verlieren: Russlands Oberhaus zu Mays Einflussplänen für EU.

Der Vizechef des Außenausschusses des russischen Oberhauses, Wladimir Dschabarow, hat die Informationen kommentiert, denen zufolge die britische Premierministerin, Theresa May, EU-Länder überzeugen will, Moskau für das Skripal-Attentat verantwortlich zu machen und deswegen russische Diplomaten auszuweisen.

„Die Briten haben es zu weit getrieben: Sie haben nichts zu verlieren, während die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland den anderen Europäern und besonders jenen auf dem Festland, vor dem Hintergrund der andauernden Krisensituation lediglich schaden wird“, ist er sich sicher. Deshalb werde kaum ein europäisches Land dem Beispiel von Großbritannien folgen, nahm er an.

„Alle Vorfälle mit Vergiftungen und Morden kommen aus irgendwelchen Gründen in Großbritannien vor“, betonte er in einem Interview mit dem TV-Sender RT. „Vielleicht sollten sich die britischen Geheimdienste und die britische Polizei mit der Frage beschäftigen, warum russische Bürger dort ums Leben kommen und warum daraus ein Theater gemacht wird, das keine seriösen Verfahren zur Folge hat: Es wird einfach Krach gemacht, damit ein Nachgeschmack bleibt“.

Londons Aufrufe, die Fußball-Weltmeisterschaft in Russland zu boykottieren, verglich Dschabarow mit dem Olympia-Boykott 1980 in Moskau.

„Die Provokation mit der Vergiftung von Skripal und seiner Tochter gewinnt an Schwung. Das wird jetzt verständlich, weil vor allem zum Boykott der Fußball-WM in Russland aufgerufen wird. (...) Dies ähnelt sehr stark den Ereignissen aus dem Jahr 1980, als die US-Amerikaner die olympischen Sommerspiele in Moskau boykottierten, nachdem sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert waren“, betonte er.

Derartige Aufrufe würden sich in der „unverhohlenen russophoben Politik Amerikas, Großbritanniens und anderer europäischer Länder“ niederschlagen.

Lug-info.com: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **relativ ruhig**. In den letzten 24 Stunden wurde keine Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt.

Die Ukraine verstärkt weiter ihre Positionen in der Zone der sogenannten Operation der Vereinigten Kräfte (OVK) und zeigt so, dass sie den Konflikt im Donbass nur mit gewaltsamen Methoden lösen will.

Nach Informationen unserer Aufklärung sind **zur Verstärkung der Einheiten der 10. Gebirgsturmgrade im Gebiet von Sewerodonzek 40 Kämpfer des „Rechten Sektors“ eingetroffen**.

Außerdem wurde das Eintreffen von Material und Treibstoff in den Einheiten der 80. Luftsturmgrade entdeckt.

Der moralisch-psychische Zustand der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte an der Front könnte besser sein. Im Zusammenhang damit erhöht sich in den Einheiten der Besatzungstruppen die Zahl der Deserteure. Nach unserer Information haben am 20. März zwei Soldaten der 93. mechanisierten Brigade eigenmächtig eine der Einheiten verlassen und haben ein AK-74-Maschinengewehr mit voller Munition mitgenommen. Die Deserteure können eine Gefahr für die örtlichen Einwohner darstellen.

Ich will mitteilen, dass am 13. März im Gebiet von Iwano-Darjewka (Donezker Oblast) die Leiche eines Mannes in der Uniform der ukrainischen Streitkräfte entdeckt wurde, dies bestätigen auch ukrainische Massenmedien (IA „Apostroph“). Wie später herauskam, ist der Tote Fähnrich A.I. Owtscharenko aus der 54. mechanisierten Brigade, der Anfang März seinen Truppenteil eigenmächtig verlassen hatte. Zum seinem Tod finden Ermittlungen statt. Es werden zwei Versionen betrachtet: er wurde von Kameraden bei der Festnahme prophylaktisch getötet und Rache örtlicher Einwohner, die mit der Anwesenheit der Besatzer in ihrem Land unzufrieden sind.

In den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten Operation der Vereinigten Kräfte sind wieder nicht kampfbedingte Verluste festzustellen. In der Nacht vom 18. auf den 19. März starb einer der Besatzer in Folge des Brandes eines

Zeltes in einer Einheit der 10. Gebirgsturbrigade, fünf Besatzer, die die Interessen der ungesetzlichen ukrainischen Regierung verfolgen, erlitten Brandverletzungen. Das ist bei weitem nicht der einzige Fall von nachlässigem Verhalten des kommandierenden Personals bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten und einer gleichgültigen Beziehung zu den Lebensbedingungen ihrer Untergebenen. Zu diesem Fall sind Ermittler der Militärstaatsanwaltschaft in der Einheit eingetroffen, im Hinterland arbeitet auch eine Kommission aus dem übergeordneten Stab.

Das Anwachsen nicht kampfbedingter Verluste in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nach dem Übergang auf NATO-Standards zeugt von dem verächtlichen Verhältnis der westlichen Berater bei der Weitergabe ihrer Erfahrungen an die ukrainischen Besatzer sowie vom Fehlen qualitativ hochwertiger Unterstützung von ihrer Seite – trotz der sehr hohen Bezahlung für ihre Dienste. Nach unseren Informationen betrachten die westlichen Instrukteure die ukrainischen Kämpfer weiter als ihre Feinde für den Fall einer Veränderung der innenpolitischen Lage in der Ukraine und betrachten sie auch als Menschen zweiter Klasse. In diesem Zusammenhang verwandelt die aufgedrängte Methodik der NATO-Instrukteure die ukrainische Armee in einen bürokratischen Apparat mit nutzlosen Funktionen sowie in einen Übungsplatz für zweifelhafte Experimente. Folge davon ist ein Anwachsen von Verletzten und Toten der Besatzungstruppen des Tyrannen Poroschenko.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen genau ein. Wir treten für Verhandlungen und eine Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg ein, aber im Fall einer direkten Aggression behalten wir uns das Recht auf erwidernde Handlungen vor.

*Frage:* Im Bericht der OSZE-Mission berichten die Beobachter wieder über das Fehlen einer großen Zahl von schweren Waffen an den Lagerorten für abgezogene Waffen der ukrainischen Truppen. Darunter sind 64 152mm-Haubitzen und 11 Mehrfachraketenwerfer „Grad“. Außerdem haben die Beobachter außerhalb der angegebenen Lagerorte neun Haubitzen und Sieben Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ sowie Versorgungsfahrzeuge gesehen. Was kann das bedeuten? Kommentieren Sie es bitte.

*Antwort:* Dieser Fall kann nur von einem zeugen. Die Ukraine fühlt ihre Straflosigkeit, bereitet eine Eskalation des Konflikts im Donbass vor und zieht nur die gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts in Betracht. Es gibt den Begriff Tschechowsches Gewehr – ein Prinzip der Dramaturgie, gemäß dem jedes Element einer Erzählung notwendig sein muss. Wenn Sie im ersten Kapitel sagen, dass ein Gewehr an der Wand hängt, so muss es im zweiten oder dritten Kapitel unbedingt schießen. Und wenn es nicht schießt, darf es nicht dort hängen. Ich denke nicht, dass die Ukraine aus Spaß Technik von den Lagerorten entfernt und Uragane in die Konfliktzone liefert...

### de.sputniknews.com: **Ein Samowar mit Nervengift: Wie die russischen Spione NICHT töten**

Die Liquidation von Personen ist für die russischen Nachrichtendienste eine ziemlich untypische Vorgehensweise. Warum die Ermordung längst nicht mehr zum Handwerk russischer Geheimdienste zählt, sagen Spionage-Veteranen im Sputnik-Gespräch.

Mit der Beseitigung des ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera 1959 sei für den KGB Schluss mit den Anschlägen gewesen. Die dafür zuständige Sonderabteilung sei auf Befehl von Nikita Chruschtschow aufgelöst worden, sagt Lew Korolkow, Ex-Offizier der sowjetischen Auslandsspionage. „Im Kalten Krieg galt ohnehin die stillschweigende Vereinbarung, die Finger von solchen Methoden zu lassen. Außer dem israelischen Mossad, der – das muss man dazu sagen – Alt-Nazis bekämpfte, hat sie auch niemand angewandt.“

Das heißt nicht, dass der KGB seitdem nie wieder zur Waffe gegriffen hätte. Als eine Spezialeinheit des Sowjetgeheimdiensts 1985 sowjetische Botschafter im Libanon aus der Geiselhaft befreite, wurde ein Hisbollah-Kämpfer getötet. Dies sei jedoch keine Liquidierung gewesen, sondern ein Einsatz unter Kampfbedingungen: „Man muss klar sehen, dass das eine

ganz andere Situation war. Im Libanon herrschte Krieg. Eine andere Möglichkeit für die Befreiung unserer Diplomaten gab es nicht“, so Korolkow. Damals wurde übrigens eine Spezialtruppe des KGB eingesetzt, die Korolkow persönlich ausgebildet hatte: Wypel. Deshalb hält der ehemalige FSB-General Alexander Michailow die angebliche „russische Spur“ im Fall Skripal für Unsinn: „Was uns da aufgetischt wird, ist einfach Nonsens. Warum sollte unser Land sein Ansehen riskieren. Die Täter hätten am besten noch eine russische Handfeuerwaffe und eine Packung russischer Zigaretten am Tatort hinterlassen sollen.“ Dass der Fall Skripal eine russische Handschrift trage, sei ausgeschlossen: „Seit 1959 hat es keine einzige Liquidierung mehr gegeben“, so der Ex-General des FSB. Überhaupt gebe es dieser Logik nach mindestens zwei weitere Todeskandidaten in Großbritannien: Viktor Suworow und Oleg Gordijewski, beide ehemalige russische Agenten. „Aber die sind wohlauf.“

### **Ein Samowar randvoll mit Nowitschok**

„Was bei den britischen Vorwürfen gegen Russland hilft, ist nur noch Humor“, so Sergej Kriwoschejew, Direktor einer nachrichtendienstlichen Denkfabrik: „Da fährt ein Spion mit einem Samowar nach England, auf dem in großen Lettern ‚Russland‘ steht. Und drin ist Nowitschok. Er vergiftet sein Opfer und vergisst den Samowar am Tatort. Genau so sehen die Anschuldigungen für einen Unbeteiligten aus“, scherzt er. Aber im Ernst: „Beim Vorgehen von Geheimdiensten sind solche Pannen undenkbar. Davon abgesehen hatte Moskau mit Skripal keine Rechnung mehr offen. Er hatte doch schon alles erzählt.“

Zudem existieren noch andere Ungereimtheiten, die die ehemaligen Geheimdienstler misstrauisch werden lassen: „Wer dieses Gift irgendwo beigemischt oder Sachen damit bearbeitet hat, muss einen Chemieschutzanzug getragen haben. Die Substanz ist hochgiftig und hätte den Täter selbst vergiftet. Großbritannien ist jetzt in einer Sackgasse mit seinen Vorwürfen gegen Moskau. Die Briten hätten nicht so voreilig sein sollen“, sagt der Ex-FSB-General Michailow.

Er betont: Wie im Fall von Litwinenko – dem 2006 mit Polonium verstrahlten russischen Ex-Agenten – sei auch diesmal ein sehr exotisches Mittel eingesetzt worden. Sollte es aus Russland stammen, dann hätten man es durch zwei, drei Staatsgrenzen schmuggeln müssen ohne irgendwo Spuren zu hinterlassen... Wohl deshalb schweigen Scotland Yard und das britische Verteidigungsministerium. „Das sind doch kluge Leute. Sie schweigen. Sie haben begriffen, dass sie in einer Sackgasse sitzen.“

Wie es gelungen sein soll, das Nervengift aus Russland nach England zu schmuggeln, fragt sich auch Korolkow, der Ex-Auslandsagent: „Sie sagen, Skripals Tochter habe das Gift in ihrem Koffer nach England eingeführt. Aber die Briten haben doch Detektoren, die auch bei Chemiestoffen anspringen.“ Nebenbei bemerkt, befindet sich in der Nähe von Salisbury, wo die Skripals bewusstlos aufgefunden wurden, eines der größten und ältesten Strahlen- und Chemie-Forschungszentren der Welt.

### **May-Regierung tritt zurück**

Diese diplomatische Fehde werde für London nicht gut ausgehen, prognostiziert Ex-General Michailow. „May hat sich eingebildet, sie sei Margaret Thatcher, die einst die Falkland-Krise gemanagt hatte.“ Wenn Moskau jetzt aber seine Trümpfe ausspielt, werde die britische Regierung innerhalb eines halben Jahres zurücktreten müssen.“

Zudem habe May ihre westlichen Partner mit hineingezogen. Dass sie die falschen Verdächtigungen der Briten unterstützen, lasse ihnen wenig Spielraum. „Und außerdem könnte May mit ihrem Ehemann Probleme bekommen: Als Chef einer Unternehmensberatung zahlt er seit acht Monaten keine Steuern. Das kann ihn den Kopf kosten.“

Wer diese ganze Geschichte ins Rollen gebracht hat, wolle die russlandfeindlichen Stimmungen derart anheizen, dass es möglich werde, „auch einen hochintensiven Konflikt in die Wege zu leiten“, sagt Korolkow weiter.

Denkbar sei aber auch, dass Skripals persönliche Kontakte der Schlüssel zum Geheimnis

seien: „Man muss sich anschauen, was er über den MI-6 wusste. Die Briten haben diesbezüglich keine moralischen Schranken, ich kenne deren Geschichte aus konkreten Fällen, nicht aus Büchern. Sie beseitigen einen Menschen, sobald er als mögliches Informationsleck ein Risiko darstellt. Vielleicht war Skripal nicht nur Informant – vielleicht wusste er über die Methoden der Briten Bescheid?“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32002/00/320020022.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Immunitätsentzug: Sawtschenko im ukrainischen Parlament festgenommen.

Die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) hat der Abgeordneten Nadeschda Sawtschenko am Donnerstag ihre parlamentarische Immunität entzogen. Sie wurde wegen Terroranschlag-Verdachts direkt im Gebäude der Rada festgenommen.

Damit hat die ukrainische Legislative dem Antrag der ukrainischen Generalanwaltschaft zugestimmt, die Abgeordnete der Strafverfolgung zu unterziehen und zu verhaften.

Die Abgeordnete wurde im Gebäude des ukrainischen Parlaments festgenommen, nachdem ihr die Begründung des Verdachts vorgelesen worden war.

Sawtschenkos Sprecherin gab in ihrem Facebook-Account bekannt, der Verhafteten werde selbst ein Treffen mit ihrem Rechtsanwalt verweigert.

Der Abgeordneten wird die Vorbereitung eines Terroranschlags im Parlamentsgebäude vorgeworfen. Laut dem ukrainischen Generalstaatsanwalt soll Sawtschenko mit dem Chef des ukrainischen Zentrums für die Befreiung von Gefangenen „Offizierskorps“, Wladimir Ruban, geplant haben, das Kiewer Stadtzentrum, und vor allem das Parlamentsgebäude, mit Granatenwerfern zu beschießen. Bei dem Beschuss sollten angeblich das Dach des Gebäudes zerstört und später die überlebenden Abgeordneten mit Schusswaffen erschossen werden. Am Dienstag hatte Sawtschenko in einer Pressekonferenz behauptet, keinen Anschlag auf das Regierungsviertel in Kiew geplant, sondern eine „politische Provokation“ vorgenommen zu haben. Sie habe den Machthabenden demonstrieren wollen, „dass sie auch sterblich sind“, sagte sie.

Heute vor genau zwei Jahren, am 22. März 2016, war die ehemalige ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko von einem russischen Gericht der Beihilfe zur Ermordung zweier russischer Journalisten schuldig gesprochen und zu 22 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. 2014 hatte sie als Mitglied des rechtsextremen Bataillons „Aidar“ gegen die Volksmilizen im Donbass gekämpft.

Am 25. Mai 2016 wurde die Ukrainerin von Russlands Präsident Waldimir Putin begnadigt; sie kehrte noch am selben Tag nach Kiew zurück.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32002/04/320020470.jpg>

Dnr-online.ru: Die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Jelena Melnik hat im Rahmen des sozialen Projekts „Fürsorge“ für die Schüler der Donezker Schule Nr. 106 eine Freizeitveranstaltung organisiert. Dies teilt der Pressedienst des Volkssowjets der DVR mit. Nach den Worten der Abgeordneten befindet sich die Schule Nr. 106 in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie und wird ständig beschossen. „Die Schule hat ernsthaft unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gelitten, deshalb müssen die Kinder in die Schule Nr. 114 zum Unterricht fahren. Für die Kinder sind die Erlebnisse, die mit den Kämpfen verbunden sind, riesiger Stress, und sie vergessen kaum je die schrecklichen Geräusche detonierender Geschosse, die Zeit, die sie in den Kellern verbraucht haben. Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, um ihnen Geschichten und Freude zu schenken. Zu der Freizeitveranstaltung für die Kinder gehören ein Mittagessen, fröhliche Spiele und Wettbewerbe. Die Verwaltung des Petrowskij-Bezirks leistete beim Transport der Kinder Unterstützung. Wir arbeiten weiter, helfen den kleinen Einwohnern der DVR, erfreuen sie mit unserer Fürsorge“, sagte Jelena Melnik.

Ukrinform.ua: Ukrainisches Parlament erklärt Ergebnis der russischen Präsidentschaftswahl auf der Krim für null und nichtig. Die Werchowna Rada der Ukraine hat die russische Präsidentschaftswahl auf der Krim und in der Stadt Sewastopol für illegitim erklärt. Für die von der Parteien „Block von Petro Poroschenko“ und „Narodnyi Front“ eingebrachte Erklärung stimmen 255 von 226 notwendigen Parlamentsabgeordneten, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Das Ergebnis dieser Wahl ist nichtig und zieht keine Rechtsfolgen nach sich“, heißt es in der Erklärung. Es könne auch keinesfalls als Beweis für eine Änderung des Status der besetzten Gebiete der Ukraine, der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, genutzt werden. Das Parlament rief die Weltgemeinschaft auf, zusätzliche Strafmaßnahmen gegen Russland und personelle Sanktionen gegen die Personen, die sich die russische Präsidentschaftswahl auf der Krim organisierten und durchführten, zu verhängen. Die Präsidentschaftswahl fand in Russland am 18. März statt.

de.sputniknews.com: Handelskrieg: Europäer attackieren Symbole der US-Wirtschaft. US-Präsident Donald Trump erfüllt weitere seiner Wahlversprechen, darunter Protektionsmaßnahmen und die angebliche Wiederherstellung der Gerechtigkeit im Handel. In der Deutung Trumps geht es dabei um die Beseitigung bzw. Minimierung des enormen Handelsdefizits der USA (das 800 Mrd. Dollar bzw. mehr als 20 Prozent des US-

Handelsumsatzes ausmacht).

Bereits in dieser Woche wird Trump einigen Angaben zufolge neue Zölle auf importierte Waren aus China beschließen. Dabei wird der besteuerte Teil der Exportwaren Dutzende Milliarden Dollar ausmachen. Einige Zölle wurden bereits angekündigt und zeigen, dass die USA in diesem Krieg keine Verbündeten haben werden. Trump kündigte die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Stahl (um 25 Prozent) und Aluminium (10 Prozent) an. Auf den ersten Blick ist dieser Schritt nicht so aufsehenerregend, denn er kann den US-Import nur um ca. 14 Mrd. Dollar senken. Die neuen Tarife dehnen sich nicht auf Mexiko und Kanada aus, die Nummern vier und eins unter den Stahlexporturen. Die Menge des chinesischen Exports in die USA ist nicht groß – etwa 700 Millionen Dollar pro Jahr.

Dafür aber lösten die neuen Tarife Trumps scharfe Reaktionen in Europa aus. Zunächst versuchte die EU den Weg Mexikos und Kanadas zu gehen und eine Ausnahme für sich zu erwirken. Es wurde auf brüderliche Gefühle gesetzt. „Europa sollte da nicht aufgenommen werden. Wir sind Freunde, Verbündete, arbeiten zusammen und können keine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstellen. Deswegen hoffen wir auf eine Ausnahme“, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström.

Allerdings erfüllte Trump diese Erwartungen nicht. Das Profizit der EU im Handel mit den USA machte 2016 92 Milliarden Dollar aus (mehr als die Hälfte entfällt auf Deutschland).

„Die Amerikaner verstehen gut, dass es keinen Sinn hat, mit Gesprächen über ewige Freundschaft und Partnerschaft zu beginnen. Sie bevorzugen, mit Druck zu beginnen“, sagte der Wirtschaftsexperte Dmitri Ofizerow-Belski.

Zunächst soll der Druck nicht so massiv sein, um die Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens zu demonstrieren. Allerdings will Trump weiter gehen – Importzölle auf Autos einführen. Die EU kalkulierte bereits, dass die Jahresverluste der europäischen Autohersteller bei der Einführung von Zöllen in Höhe von 35 Prozent jedes Jahr 17 Mrd. Dollar ausmachen werden. Dazu muss es aber nicht unbedingt kommen.

„Möglich ist ein Wechsel. Trump wird jetzt zwar nicht mehr den Beschluss über die Stahl-Zölle aufheben, jedoch könnte er Zugeständnisse bei anderen Fragen machen. Die USA möchten mit ihren genmanipulierten Lebensmitteln sehr gerne auf den europäischen Markt gelangen. Hätten sie diese Möglichkeit früher bekommen, hätte es keine Einschränkungen gegeben“, sagte Ofizerow-Belski.

Eine perfekte Variante für Trump wäre eine völlige Öffnung der europäischen Märkte. So bat Trump bereits Handelsminister Wilbur Ross, mit EU-Vertretern die Aufhebung bedeutender Tarife und Hürden zu besprechen, die sie gegen die USA einsetzen.

Allerdings wehrt sich Europa bislang. Brüssel erstellte bereits eine Liste von US-Waren, die mit Importzöllen belegt werden könnten (Ihr Anteil am gesamten US-Export in die EU liegt bei 8,2 Mrd. Dollar bzw. drei Prozent.). Dabei wurde diese Liste nicht zufällig erstellt, dahinter steckt auch Logik.

So drohen die Europäer mit der Einführung von Zöllen auf den Import von Motorrädern der Marke Harley-Davidson und auf Bourbon-Whiskey aus Kentucky. Diese Waren wurden nicht nur ausgewählt, weil sie Symbole der USA sind. Das Hauptquartier von Harley Davidson liegt in Wisconsin – Heimat-Bundesstaat des Sprechers des Repräsentantenhauses Paul Ryan. Aus Kentucky kommt der Anführer der republikanischen Mehrheit im Senat, Mitch McConnell. Wegen der Spezifik der Wahlprozesse in den USA würde ein starker Verlust der Einnahmen der Unternehmen die Chancen der beiden Politiker auf ihre Wiederwahl minimieren. Paul Ryan soll bereits in diesem Jahr an der Wahl teilnehmen. Sie sind nicht die einzigen Opfer. Fast zehn Prozent der Exportmenge von der Liste, also rund 700 Millionen Dollar, entfallen auf Waren aus Kalifornien, das im Kongress vom Anführer der Republikaner im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, vertreten wird (er soll ebenfalls bei den Wahlen 2018 wiedergewählt werden). Deswegen rechnet Brüssel damit, dass die republikanische Elite Trump klarmachen wird, dass Handelskriege unerwünscht sind – im Gegenfall würden die

Wähler die Kongressmitglieder die Folgen ihrer Tatenlosigkeit spüren lassen. Der Handelskrieg in der westlichen Welt wird mit Interesse von Drittländern verfolgt. Nicht nur weil sie ebenfalls betroffen sein könnten. Vor ihren Augen wird einer der größten liberalen Mythen entweiht – der Imperativ des globalen Freihandels. Die Globalisten sind natürlich empört über den Vorstoß Trumps. „Es liegt auf der Hand, dass das Risiko der Eskalation, die Errichtung von Handelsbarrieren rund um die Welt, jetzt gestiegen ist“, sagte WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo. „Sobald wir diesen Weg gehen, kann man die Situation dann nur noch schwerlich ändern. Das Auge-um-Auge-Prinzip wird und zur Blindheit und tiefer Rezession führen“, sagte er. Doch welchen Sinn hat die Empörung, wenn das Freihandelsprinzip jetzt nur noch in den Köpfen der realitätsfernen Liberalen besteht? In der EU gab es nie ein solches Prinzip – man sollte da auf den geschlossenen europäischen Lebensmittelmarkt blicken. Seit Beginn der globalen Finanzkrise wurde Protektionismus sehr populär. Seit der Zeit führten die 60 größten Wirtschaftsnationen 7000 Protektionsmaßnahmen ein. Wie die britische Zeitung „The Guardian“ berichtet, ist Trump zumindest ehrlich mit seinem Merkantilismus. Andere versuchen, ihre Protektionismus-Bestrebungen zu verheimlichen.

[Ukrinform.ua: Flughafen Kiew-Schuljany trägt jetzt Namen von Igor Sikorski. Der internationale Flughafen Kiew-Schuljany erhält jetzt den Namen von Flugzeugkonstrukteur Igor Sikorski. Das hat der Kiewer Stadtrat mit 67 Stimmen beschlossen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Der 1889 in Kiew geborene Sikorski war Pionier der Luftfahrt. Nach der bolschewistischen Revolution emigrierte er in die USA. Dort wurde er als Konstrukteur und Erbauer von Hubschraubern bekannt.](#)

## **Abends:**

[de.sputniknews.com: London besorgt über mögliche Entlarvung von MI6-Spionen in Russland – Medien.](#)

Mitarbeiter der britischen Geheimdienste sind darüber besorgt, dass Russland Identitäten der britischen Geheimdienstler wegen der Spannungen zwischen Moskau und London preisgeben könnte. Das berichtet die Zeitung „The Independent“ am Donnerstag.

Nach Angaben des Blattes könnte die Entlarvung der Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes MI6 unter den 23 britischen Diplomaten beginnen, die in Russland tätig waren und die als Vergeltungsmaßnahme gegen Londons Handlungen aus Moskau ausgewiesen werden sollen.

„The Independent“ merkt an, die Enthüllung würde gegen das „Standardprotokoll“ zum Schutz von Spionen der Gegnerländer verstoßen, denn die Enthüllung ihrer personenbezogenen Daten könne sie einer Gefahr aussetzen.

Für die Entlarvung der Spione würden sich manche Vertreter der russischen Regierung aussprechen, die über die „aggressiven und provokativen Erklärungen der britischen Minister“ zu Russlands Beteiligung an der Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal empört seien.

Vertreter der britischen Behörden bezeichneten laut „The Independent“ diese Drohungen als „ungerechtfertigt und verantwortungslos“.

„Sie (Russlands Regierung – Anm. d. Red) wissen, dass wir die Namen derjenigen, die unter diplomatischem Status tätig waren und die wir aus diesem Land ausgewiesen haben, nicht publik gemacht haben. Diese Liste wurde sorgfältig geprüft, und wir wollen die Kommunikationskanäle bewahren“, so die Quellen der Zeitung.

Die Vergiftung des ehemaligen Agenten des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Überläufers Sergej Skripal hat die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien

schwer belastet. London machte Moskau für den Anschlag verantwortlich und beschloss daraufhin die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten. Russland weist den Vorwurf zurück und hat anschließend entschieden, ebenso viele britische Diplomaten auszuweisen.

de.sputniknews.com: EU-Kommissionspräsident Juncker nach Brief an Putin unter Beschuss. Der aktuelle EU-Gipfel wird von Kritik an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker überschattet. Dieser hat in einem Brief dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dessen Wiederwahl gratuliert. Im Schreiben wirbt Juncker für eine „verstärkte paneuropäische“ Kooperation zwischen Brüssel und Moskau. Das sorgt für Unruhe in der EU.

„Ihre Exzellenz, Herr Präsident“, schrieb EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker an Wladimir Putin. „Ich möchte Ihnen zu Ihrer Wiederwahl als Präsident der Russischen Föderation gratulieren.“ In dem Brief behauptete er, immer für „positive Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation“ plädiert zu haben. Dieses Verhältnis sei „für die Sicherheit unseres Kontinents von entscheidender Bedeutung“. Der Kommissionspräsident wünschte dem russischen Präsidenten viel Erfolg bei der Ausübung seiner „hohen Verantwortung“. Darüber berichtete die britische Zeitung „The Independent“. Das geschah kurz vor Beginn des aktuellen Gipfels der Europäischen Union (EU) in Brüssel.

„Unser gemeinsames Ziel sollte die Wiederherstellung einer kooperativen paneuropäischen Sicherheitsordnung sein“, so Juncker in dem Brief an Putin. „Ich hoffe, dass Sie Ihre vierte Amtszeit nutzen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Ich werde immer ein Partner in diesem Bestreben sein. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Erfüllung Ihrer hohen Aufgaben. Mit freundlichen Grüßen. Jean-Claude Juncker.“

Kritik am Brief hagelt es nun von mehreren Seiten. „Was um Himmels Willen hat Juncker genau gemeint, als er in seinem Glückwunschbrief dafür warb, gemeinsam mit Russland eine ‚kooperative, paneuropäische Sicherheitsordnung‘ aufzubauen?“, fragte zum Beispiel die „Tagesschau“. „Eine Sache habe ich in meinem Job in den letzten dreieinhalb Jahren gelernt: Lege nie das aus, was der Präsident sagt“, erklärte Junckers Pressesprecher gegenüber dem ARD-Nachrichtenmagazin.

Viele europäische Politiker kritisierten, Junckers Brief komme zur „Unzeit“, insbesondere wegen des Skripal-Falls. „Nach dem Angriff von Salisbury bin ich nicht in der Stimmung, Präsident Putins Wiederernennung zu feiern“, erklärte der polnische EU-Ratspräsident Donald Tusk am Donnerstag in Brüssel. „Dies ist nicht die Zeit für Glückwünsche“, twitterte erobost Guy Verhofstadt, Chef der Liberalen im EU-Parlament und nannte die angeblich „manipulierte russische Präsidentschaftswahl“ als Grund. Russland werde ein schwieriger Partner bleiben, meinte der neue deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD), der am EU-Gipfel in Brüssel teilnimmt. „Aber Russland wird auch gebraucht, wenn es um die Lösung der großen internationalen Konflikte geht und daher wollen wir im Dialog bleiben.“

Zum Auftakt des aktuellen EU-Gipfels in Brüssel traten am Donnerstag die EU-Spitzen zu einem offiziellen Foto-Termin vor die Presse. Eine Journalistin der „BBC“ stellte Kommissions-Chef Juncker eine Frage zum Brief an Putin. Die Antwort: „Ich habe den gleichen Brief wie Frau Merkel geschrieben. Fragen Sie Frau Merkel dazu.“ Danach twitterte das britische Medienhaus: „Juncker sah nicht glücklich aus, als er nach seiner Gratulation an Putin befragt wurde.“

Juncker hat unter anderem im Herbst 2017 die EU aufgerufen, die Beziehungen mit Russland zu normalisieren. Das meldete damals die belgische Tageszeitung „La Libre“. Juncker halte das angesichts der drohenden demografischen und wirtschaftlichen Krise sowie des relativ kleinen Territoriums der EU für wichtig. Das hatte er bei einem Auftritt vor den Studenten der Universität Luxemburg gesagt. „Glauben wir wirklich, man könne sich die Zukunft Europas vorstellen, ohne auf das große Russland zu schauen?“ fragte Juncker laut der Zeitung. Russland sei der größte Nachbar Europas, mit dem die Beziehungen „wiederaufgenommen“

werden sollten — ohne die bestehenden Konflikte jedoch zu vergessen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32002/30/320023066.jpg>

de.sputniknews.com: London hat Verbindungen zu bewaffneter Opposition in Syrien – Russlands Botschafter.

Der russische Botschafter in Großbritannien, Alexander Jakowenko, hat am Donnerstag gegenüber Journalisten über Londons Verbindungen zur bewaffneten Opposition in Syrien gesprochen.

„Wir müssen noch mit der britischen Seite sprechen, denn wir wissen genau, dass sie Verbindungen zur bewaffneten Opposition (in Syrien – Anm. d. Red.) haben“, sagte der Botschafter.

Russland werde alle seine Möglichkeiten ausschöpfen, so Jakowenko weiter, um die britische Regierung zu überzeugen, ihren Einfluss auf diese bewaffneten Gruppierungen, die mit der Terrormiliz „al-Nusra-Front“ verbunden sind, zu nutzen.

de.sputniknews.com: Russland: Verteidigungsministerium unter Hacker-Angriff.

Auf die Webseite des russischen Verteidigungsministeriums ist am Donnerstag ein massenhafter Hackerangriff verübt worden, teilte die russische Verteidigungsbehörde mit. Das sei bei der Abstimmung für die Bezeichnungen der neuesten russischen Waffen passiert. Im Laufe des Tages habe das Verteidigungsministerium sieben Angriffe festgestellt, zwei sehr massive Hackerattacken seien von 19:00 bis 20:00 Uhr Moskauer Zeit (von 17:00 bis 18:00 Uhr MEZ) festgestellt worden.

Die Angriffe seien von den Territorien Westeuropas, Nordamerikas sowie der Ukraine ausgegangen. Die Computersicherheitsdienste konnten die Attacken neutralisieren, so die russische Verteidigungsbehörde.